

Warum die großen US-Ölkonzerne nicht an die Story vom "Sieg" in Venezuela glauben

17 Jan. 2026 08:43 Uhr

Trotz aller Bemühungen und des großen Tamtams brachte die Entführung des venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro nicht den von Donald Trump erhofften Regimewechsel – weshalb die US-Ölkonzerne nicht gewillt sind, die von Trump geforderten Investitionen in Venezuela zu tätigen.



© Urheberrechtlich geschützt

Symbolbild: Demonstration in Caracas zur Unterstützung des entführten Präsidenten Nicolás Maduro, 10. Januar 2026.

Von Finian Cunningham

Donald Trumps Venezuela-Operation verlief bisher reibungslos. Ein mutmaßlicher Drogenhändler und Terrorist wurde gefasst und in New York vor Gericht gestellt, und die USA besitzen nun die größten Ölreserven der Welt. Zumindest laut Trumps Darstellung.

"Wir sind im Ölgeschäft", sagte der US-Präsident, nachdem er verkündet hatte, dass venezolanisches Rohöl im Wert von zig Milliarden Dollar nun in die USA exportiert werde. "Sie sprechen nicht mit den Venezolanern, Sie sprechen mit mir", sagte er zu den Chefs der US-Ölkonzerne, die sich letzte Woche im Weißen Haus versammelt hatten.

Das Problem ist nur: Die großen Ölkonzerne sehen das anders. Die Vorstandsvorsitzenden von ExxonMobil und ConocoPhillips drängen nicht gerade darauf, nach Venezuela zurückzukehren.

Trump hatte die Ölfelds vor gut einer Woche ins Weiße Haus bestellt, um sie zu Investitionen in Höhe von 100 Milliarden US-Dollar in die Modernisierung der venezolanischen Erdöl- und Erdgasindustrie zu bewegen. Jahrzehntelange US-Wirtschaftssanktionen haben die industrielle Infrastruktur des Landes nachweislich stark beeinträchtigt.

Venezuelas Ölindustrie wurde zwischen 2004 und 2007 vom ehemaligen sozialistischen Präsidenten Hugo Chávez verstaatlicht. Diese Politik wurde unter seinem Nachfolger Nicolás Maduro fortgesetzt, der am 3. Januar bei einer Razzia von US-Spezialkräften in seiner Residenz in Caracas entführt wurde.

Nach der Verstaatlichung der venezolanischen Ölindustrie und der Übernahme durch den staatlichen Ölkonzern Petróleos de Venezuela (PDVSA) zogen sich die US-amerikanischen Ölkonzerne Exxon und Conoco aus dem Land zurück. Sie klagten später vor US-Gerichten, die Venezuela zur Rückzahlung von 13 Milliarden US-Dollar an enteigneten Vermögenswerten verurteilten. Der drittgrößte US-amerikanische Ölkonzern, Chevron, war weiterhin in Venezuela tätig, in Partnerschaft mit PDVSA.

Beim Ölgipfel im Weißen Haus vor einer Woche erklärten Führungskräfte von Exxon und Conoco gegenüber Trump, dass sie aufgrund des Investitionsrisikos nicht bereit seien, nach Venezuela zurückzukehren.

Exxon-Chef Darren Woods bezeichnete Venezuela als "nicht investierbar". Woods sagte:

"Wir haben eine sehr lange Geschichte in Venezuela. (...) Unsere Vermögenswerte wurden dort bereits zweimal beschlagnahmt. Sie können sich vorstellen, dass ein drittes Mal erhebliche Veränderungen gegenüber den bisherigen Gegebenheiten und der aktuellen Lage erfordern würde."

Und er fügte hinzu:

"Wenn wir uns die derzeitigen rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Venezuela ansehen, ist das Land derzeit nicht investierbar. Daher müssen diese Rahmenbedingungen und das Rechtssystem grundlegend reformiert werden. Es bedarf eines dauerhaften Investitionsschutzes und einer Änderung der Kohlenwasserstoffgesetze."

Die Aussagen des Exxon-Chefs wurden von Conocos Chef Ryan Lance bekräftigt, der sagte:

"Wir müssen auch über eine Umstrukturierung des gesamten venezolanischen Energiesystems, einschließlich PDVSA, nachdenken."

Das bedeutet, dass Venezuela noch lange nicht unter US-Kontrolle steht.

Maduro wurde zwar entführt, doch die sozialistische venezolanische Regierung unter Interimspräsidentin Delcy Rodríguez besteht mitsamt derselben Verwaltung wie zu Maduros Zeiten fort. Rodríguez und ihre engsten Berater, darunter Verteidigungsminister Wladimir Padrino, haben die US-Aggression verurteilt und fordern die sichere Rückkehr Maduros und seiner Ehefrau.

Venezuela ist nicht zusammengebrochen, und seine sozialistische Regierung wurde nicht gestürzt. Der Einsatz zahlreicher US-Kriegsschiffe inklusive 15.000 Soldaten sowie 200 Spezialeinsatzkräften, dessen Kosten auf über 600 Millionen US-Dollar **geschätzt** werden, scheint ein Pyrrhussieg gewesen zu sein.

Aus Sicht der Ölkonzerne ist die Mission nicht erfüllt. Venezuela gilt als "nicht investierbar", was im kapitalistischen Sinne bedeutet: Es gab keinen Regimewechsel, der den Ölkonzernen ihre Ziele – die

totale Kontrolle über Venezuelas Kohlenwasserstoffvorkommen – ermöglicht hätte.

Die Ölkonzerne unterstützten Trumps Wahlkampf 2024. Die Auslieferung Venezuelas war Teil der Abmachung. Doch wie die Vorstandsvorsitzenden dem Präsidenten mitteilten, hat er nicht genug abgeliefert, um ihnen das nötige Vertrauen für eine Rückkehr in das südamerikanische Land zu geben.

Daher Trumps verärgerte Reaktion am vergangenen Wochenende. Nach seiner Rückkehr aus Florida nach Washington wurde er von Reportern zu Exxons Zögern befragt, 100 Milliarden Dollar für eine Rückkehr nach Venezuela bereitzustellen. Seine [Antwort](#) an Bord der Air Force One:

"Mir hat Exxons Antwort nicht gefallen. (...) Die spielen zu viel."

Als Zeichen seines Unmuts kündigte Trump an, Exxon künftig an einer Rückkehr nach Venezuela zu hindern.

Die Ölkonzerne haben damit die vermeintliche Siegesfeier der Venezuela-Operation zunichtegemacht.

Der spektakuläre Überfall hat die Regierung in Caracas nicht verändert. Die unabhängige Journalistin Camila Escalante [berichtet](#) vor Ort, dass die Übergangsregierung unter Rodríguez die Politik Maduros fortsetzt. Die Manager der großen Ölkonzerne scheinen diese Einschätzung zu teilen.

Wenn Trump die Kontrolle über Venezuelas Ölreichtum erlangen will, anstatt nur einige Tanker zu kapern, muss er US-Truppen im Rahmen einer großangelegten Invasion ins Land entsenden, um ein neues Regime zu installieren. Dies wird enorme, wahrscheinlich untragbare politische und militärische Kosten verursachen.

Übersetzt aus dem [Englischen](#).

Finian Cunningham ist ein preisgekrönter Journalist. Mehr als 25 Jahre arbeitete er als Redakteur und Autor unter anderem für Zeitungen wie "Mirror", "Independent", "Irish Times" und "Irish Independent".

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.